

Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale

Das Gespräch des Vorsitzenden des Staatsrates,
Walter Ulbricht, mit einer Delegation von Theologen,
kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern
am 9. Februar 1961



In der Reihe der „Hefte aus Burgscheidungen“ sind bisher erschienen:

- *1 Günter Naundorf: Die Verwirklichung christlicher Anliegen im Sozialismus
- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- *3 Wolfgang Fischer: Christliche und marxistische Ethik
- *4 Dr. Hanfried Müller: Der Christ in Kirche und Staat
- *5 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Die Botschaft Jesu Christi in der Begegnung mit dem religionslosen Menschen
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- *7 Der Mißbrauch der Religion durch den Imperialismus
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- *9 Der Primas der Russischen Kirche — Zum 80. Geburtstag des Patriarchen Alexius
- 10 Dr. Hanfried Müller: Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958
- 11/12 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Berlin — nicht Frontstadt, sondern Friedensstadt
- *13 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Die halbstaatlichen Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik
- *14 Günter Wirth/Christa Johannsen: Die literarische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 15 Edmond Meclewski: Die polnischen Westgebiete — Eine demographische Untersuchung —
- 16 Prof. D. Dr. Johannes Leipoldt: Ewiger Friede ist keine Utopie
- 17 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: NATO — die Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 20 Gerald Götting: Die Bewährung christlicher Existenz im Aufbau des Sozialismus
- *21 Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik — Von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Kampf um den Sieg des Sozialismus
- 22 Zehn Jahre DDR — zehn Jahre steten wirtschaftlichen Aufstiegs
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950

Hefte aus Burgscheidungen

Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale

Das Gespräch des Vorsitzenden des Staatsrates,
Walter Ulbricht, mit einer Delegation von Theologen,
kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern
am 9. Februar 1961

1961

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Vorwort

Von Gerald Götting

Die Programmatische Erklärung, die der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik am 4. Oktober 1960 vor der Volkskammer abgab, hat unter der christlichen Bevölkerung breite Zustimmung gefunden. Die übergroße Mehrheit der christlichen Bürger unserer Republik hat das in dieser Erklärung zum Ausdruck kommende hohe Bewußtsein politischer Verantwortung für die Erhaltung des Friedens gut verstanden. Die Überzeugung von der Gerechtigkeit und Sieghaftigkeit der Sache des Sozialismus, von der die Programmatische Erklärung getragen ist, vermittelte auch den christlichen Menschen neue Impulse zu schöpferischer Anteilnahme am Kampf um den Sieg des Sozialismus. Dabei gehen die christlichen Bürger unseres Staates von der Erkenntnis aus, daß erst in der sozialistischen Ordnung die gesellschaftlichen Grundforderungen des christlichen Glaubens – Frieden und brüderliche Nächstenliebe – verwirklicht werden können. Besondere Beachtung fanden in diesem Zusammenhang die Ausführungen des Vorsitzenden des Staatsrates über das Verhältnis unseres Staates zu den Kirchen, verbunden mit der Feststellung, daß das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus nicht in Gegensatz zueinander stehen.

Angesichts dieser bedeutsamen Äußerungen in der Programmatischen Erklärung empfanden viele christliche Bürger zutiefst das Bedürfnis, ihrer Zustimmung zu den hier entwickelten Grundsätzen in aller Öffentlichkeit Ausdruck zu verleihen. Daher fand ein von dem Ehrenmitglied der CDU Prof. D. Emil Fuchs entworfener Brief an den Vorsitzenden des Staatsrates ein nachhaltiges Echo unter vielen Theologen, Geistlichen und anderen christlichen Bürgern. Diesen Brief unterzeichneten in kurzer Zeit 32 000 christliche Bürger unserer Republik. Viele Mitarbeiter unserer Partei, Freunde aus der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Arbeit, haben in unermüdlichem Einsatz diese Unterschriften eingeholt und dabei Tausende von Gesprächen geführt, bei denen politische Grundfragen erörtert, Unklarheiten überwunden und so Wege zu einer aktiveren Mitarbeit der Christen in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens erschlossen werden konnten.

Am 9. Februar 1961 überreichte eine Delegation der Unterzeichner, an der Spitze unser Ehrenmitglied Prof. D. Emil Fuchs, dem Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht,

den Brief und die 32 000 Unterschriften jener christlichen Bürger, die sich — stellvertretend für die friedliebenden Christen in der Deutschen Demokratischen Republik, aber auch in Westdeutschland — hinter die Aussage dieses Schreibens und damit hinter die Programmatische Erklärung des Staatsrates gestellt hatten. Der Empfang dieser Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und anderen christlichen Persönlichkeiten gab Gelegenheit zu einer Aussprache mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, deren Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. So wie die Staatsrats-erklärung vom 4. Oktober 1960 eine klare Proklamation unserer Politik des Friedens und des Sozialismus, ein nachhaltiger Aufruf an alle Bürger zu schöpferischer Mitarbeit im Geiste echten Humanismus war, so ging es in dem Gespräch vom 9. Februar 1961 insbesondere um die Gemeinsamkeit von Christen und Nichtchristen, von Christen und Marxisten bei der Lösung jener Aufgaben, die das große Werk des sozialistischen Aufbaus, das Ringen um den Frieden und um die glückliche Zukunft unserer Nation allen Bürgern stellen.

In dieser Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, in den Ansprachen, die dabei gewechselt wurden, und in dem anschließenden Meinungsaustausch fanden die wiederholten Aussagen unserer Parteitage über die christliche Existenz im Sozialismus ihre volle Bestätigung. In der Entschließung des 8. Parteitages bekannten wir, „daß der Sozialismus für die Entfaltung des Christentums bessere Möglichkeiten bietet, als sie je zuvor bestanden haben“. Die Entschließung des 9. Parteitages gab der Erkenntnis Ausdruck: „Die Forderungen, die sich aus der christlichen Verantwortung für den Frieden auf Erden und für die Vrwirklichung der Nächstenliebe ergeben, lassen sich nur im Sozialismus in die gesellschaftliche Wirklichkeit umsetzen... Die vom Sozialismus bestimmten neuen internationalen Beziehungen und die Beziehungen zwischen den einzelnen Menschen verwirklichen endlich im gesamtgesellschaftlichen Ausmaß jene humanistischen Ideale und Theorien, für deren Erfüllung die Besten der Menschheit, unter ihnen die entschiedensten und getreuesten Christen aller Zeiten, seit vielen Jahrhunderten eingetreten sind. Eine wahrhaft schöpferische christliche Existenz in der Verantwortung vor der Gesellschaft ist daher heute nur unter den Bedingungen des Sozialismus möglich.“ In der Entschließung des 10. Parteitages stellten wir fest, daß unsere Partei entscheidend dazu beigetragen hat, „daß immer mehr christliche Bürger erkannt haben: Die Deutsche Demokratische Republik ist die politische Heimat aller ihrer Bürger, ungeachtet ihrer gesellschaftlichen Position. Sie ist unser Staat, dem unsere

Liebe, unsere Kraft, unser Einsatz gehören... Die sozialistische Umwälzung in der Deutschen Demokratischen Republik erfüllt erstmalig in der Geschichte unseres Volkes die gesellschaftlichen Anliegen und ethischen Forderungen auch der friedliebenden und fortschrittlichen Christen, ihre Friedenssehnsucht und ihr Verlangen nach einer sozial gerechten Ordnung der Beziehungen zwischen den Menschen“.

Bei dem Empfang der Delegation christlicher Bürger konnte der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, in seinen Ausführungen mehrfach auf die gemeinsamen Ideale des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und des Humanismus hinweisen, die Christen und Marxisten zu gemeinsamem Handeln für das Wohl unseres Volkes zusammenführen. Zugleich konnte er die Erfahrungen aus der aktiven Mitarbeit christlicher Menschen am Aufbau unserer Republik verallgemeinern, die den Beweis erbrachten, daß die Zusammenarbeit von Atheisten und Christen im Kampf um die neue gesellschaftliche Ordnung möglich und notwendig ist. Schließlich konnte Walter Ulbricht darauf aufmerksam machen, daß im Sozialismus, der alle progressiven Traditionen der Vergangenheit aufnimmt und vollendet, auch die aus christlichem Fortschrittswillen geborenen Träume und Kämpfe früherer Jahrzehnte und Jahrhunderte ihre Erfüllung finden.

Das Gespräch vom 9. Februar bestätigte jene Erkenntnis, die unsere Partei und mit ihr ungezählte christliche Menschen in all den Jahren ihrer Mitarbeit am Aufbau unseres Friedensstaates gewonnen haben: der Platz, den der Christ in der sozialistischen Gesellschaftsordnung einnimmt, wird einzig und allein bestimmt durch die Leistungen, die er für die Gestaltung dieser neuen Welt des Friedens und der Menschlichkeit zu vollbringen imstande ist. Er wird bestimmt durch die entschiedene Parteinahme für dieses Neue, das in die Zukunft weist, gegen das Alte, das unsere Welt bedroht und sich dabei in skrupelloser und schändlicher Weise einer scheinchristlichen Tarnung bedient.

Die Begegnung Walter Ulbrichts mit kirchlichen Amtsträgern und anderen christlichen Persönlichkeiten eröffnete auch neue Ausblicke auf eine weitere Normalisierung der Beziehungen unseres Staates zu den Kirchen. Die im Raum der DDR wirkenden evangelischen Kirchen sind über die Prinzipien dieser Beziehungen in dem bekannten Kommuniqué vom 21. Juli 1958 mit unserem Staat übereingekommen. Es muß hervorgehoben werden, daß auch mehrere tausend katholische Bürger den Brief an den Vorsitzenden des Staatsrates unterzeichneten. Der Delegation, die die Unterschriften überreichte, gehörte in der Person unseres Freundes Pastor

Karl Fischer auch ein katholischer Geistlicher an. Die Programmatische Erklärung des Staatsrates hat auch unter den katholischen Bürgern unserer Republik eine große Aktivität entwickelt und der katholischen Kirche die Möglichkeit einer weiteren Normalisierung ihres Verhältnisses zu unserer Republik eröffnet.

Das Gespräch am 9. Februar, das in großer Herzlichkeit, in einer Atmosphäre der Offenheit und des Vertrauens geführt wurde, stellte einen wichtigen Beitrag zur Festigung der in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland sich verkörpernden politisch-moralischen Einheit unserer Bevölkerung dar. Es hat deutlich gemacht, daß die Mitverantwortung des Christen für eine Welt des Friedens und der Brüderlichkeit heute nur durch aktive Mitarbeit an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in die Tat umgesetzt werden kann. Mit dieser tätigen Parteinahme für den Sozialismus nimmt der Christ heute nicht nur seinen Dienst am Nächsten wahr, sondern handelt gleichzeitig – Professor Emil Fuchs machte in dem Gespräch mit Walter Ulbricht darauf aufmerksam – im wohlverstandenen Interesse seiner Kirche; denn nur in der sozialistischen Gesellschaft kann dem Mißbrauch des Christentums, der gegenwärtig im Dienste der menschenfeindlichen Atomkriegspolitik ungeheuerliche Ausmaße angenommen hat, mit Erfolg gewehrt werden.

Der Empfang der Delegation christlicher Bürger durch den Vorsitzenden des Staatsrates fand drei Tage vor dem Beginn einer Synode der EKD statt. Während diese Synode, in der die Kräfte der Militärkirche wiederum weithin tonangebend waren, unserem Volke eine klare kirchliche Stellungnahme zu seinen Lebensfragen aufs neue schuldig blieb, weil sie sich in ihrer Mehrheit an die Kräfte des kalten und des heißen Krieges gebunden hat, zeigten die Gespräche unserer Delegation mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, woher heute allein der friedliebende Christ echte Hilfe und Handreichung für seinen Friedensdienst erwarten kann; allein von jenen Christen, die diese Verantwortung für den Frieden durch ein Bekenntnis zum ersten Friedensstaat der deutschen Geschichte und durch Taten für den Aufbau des Sozialismus bekunden.

Alle friedliebenden christlichen Bürger unserer Republik schulden dem Vorsitzenden des Staatsrates großen Dank für seine verständnisvollen, konstruktiven, in die Zukunft weisenden Ausführungen. Diesen Dank wollen wir durch noch erfolgreichere schöpferische Mitarbeit an der Schaffung unserer neuen sozialistischen Menschengemeinschaft abstaten. Das ist die wichtigste Schlußfolgerung, die sich für uns aus der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates ergibt.

Kommuniqué

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, empfing am 9. Februar 1961 im Amtssitz des Staatsrates eine Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern. Herr Prof. D. Emil Fuchs hatte einen Brief, der an den Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, gerichtet war, der christlichen Bevölkerung mitgeteilt und vorgeschlagen, daß christliche Vereinigungen und Bürger dazu Stellung nehmen. Nunmehr überbrachte die Delegation unter Leitung des ehrwürdigen Professors D. Emil Fuchs dem Vorsitzenden des Staatsrates die persönlichen Unterschriften von über 32 000 Christen und christlichen Vereinigungen der Deutschen Demokratischen Republik, mit denen diese ihre Stellungnahme zur Programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates vom 4. Oktober 1960 kundtaten.

Die Unterzeichneten begrüßen im Namen von Millionen christlicher Bürger diese von „großer Verständigungsbereitschaft getragenen Ausführungen, vor allem das klare Bekenntnis zu einer Politik des Friedens, wie sie inzwischen durch das Abrüstungsmemorandum unserer Regierung an die UNO erneut bestätigt wurde, das Programm des sozialistischen Aufbaus unseres Staates und unserer Wirtschaft, das allen Bürgern gute Zukunftsaussichten eröffnet, und die großzügige Entwicklung der Kulturarbeit, durch die allen Gliedern unseres Volkes der Zugang zum kulturellen Erbe und zur fortschreitenden geistigen Entwicklung der Menschheit eröffnet werden soll“.

Gleichzeitig versichern die Christen in ihrem Schreiben, daß sie auch in Zukunft mit aller Kraft an der Verwirklichung des in der Deutschen Demokratischen Republik begonnenen Werkes des Friedens und der Menschlichkeit mitarbeiten werden.

Der Delegation gehörten an: der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates und Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Gerald Götting; der Professor der Theologie i. R., D. Emil Fuchs, Leipzig, Träger des Vaterländischen Verdienstordens in Gold; der Direktor des Religionssoziologischen Instituts an der Theologischen Fakultät der Karl-Marx-Universität, Prof. Dr. Kurt Wiesner, Leipzig; der Dozent für Praktische Theologie, Dr. Hans-Hinrich Jansen, Berlin; Superintendent Falk, Eberswalde; Pfarrer Oelze, Klostermansfeld, Mitglied des Bezirkstages Halle;

Pfarrer Rütter, Bülstringen; Pastor Curt Wetzig, Genthin; Pastor Karl Fischer, Röntgental, Träger des Vaterländischen Verdienstordens in Silber; Prof. Johannes-Ernst Köhler, Weimar, Nationalpreisträger. Außerdem nahmen am Gespräch teil: Der Sekretär des Staatsrates Otto Gotsche; der Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, und Willi Barth, Mitarbeiter im Zentralkomitee der SED.

Im Namen der Delegation erläuterte der hochverehrte Professor der Theologie, Prof. D. Emil Fuchs, dem Vorsitzenden des Staatsrates die Meinung der christlichen Bürger zu der neuen Stellung der Christen in der neuen Epoche der Menschheit und zu den humanistischen Zielen unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates.

In seiner Antwort dankte der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, der Delegation und allen Unterzeichnern der Zustimmungserklärung für ihre Stellungnahme zugunsten des Friedens und des sozialen Fortschritts. Er sprach gleichzeitig allen christlichen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik seinen Dank für ihre Mitarbeit beim Aufbau des Sozialismus aus, einer Gesellschaftsordnung, die die christlichen Ideale von Frieden und Menschlichkeit verwirklicht.

Die anschließende Aussprache verlief in einer offenen und freundschaftlichen Atmosphäre.

Der Brief an den Vorsitzenden des Staatsrates

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Mit großer Aufmerksamkeit haben wir Ihre Programatische Erklärung vom 4. Oktober vor der Volkskammer gehört. Wir begrüßen diese von hohem politischen Verantwortungsbewußtsein und großer Verständigungsbereitschaft getragenen Ausführungen, vor allem

das klare Bekenntnis zu einer Politik des Friedens, wie sie inzwischen durch das Abrüstungsmemorandum unserer Regierung an die UNO erneut bestätigt wurde,

das Programm des sozialistischen Aufbaus unseres Staates und unserer Wirtschaft, das allen Bürgern gute Zukunftsaussichten eröffnet, und

die großzügige Entwicklung der Kulturarbeit, durch die allen Gliedern unseres Volkes der Zugang zum kulturellen Erbe und zur fortschreitenden geistigen Entwicklung der Menschheit eröffnet werden soll.

Wir sind Ihnen besonders dankbar dafür, daß Sie bei all Ihren Ausführungen den Menschen in den Mittelpunkt gestellt und deutlich gemacht haben, daß nur eine klare Entwicklung der sittlichen Verantwortung aller eine menschenwürdige Zukunft bringen kann. Die humanistische Ethik des Sozialismus will ebenso wie der christliche Glaube den Menschen aus seiner Gleichgültigkeit wecken und zur Verantwortung für seinen Nachbarn und das Ganze rufen.

Besonderen Dank möchten wir Ihnen für Ihre Darlegungen über das Verhältnis des Staates zu unseren Kirchen sagen. Wir meinen, daß wir dieser Dankbarkeit am besten durch unsere Bereitschaft Ausdruck geben, im Geiste christlicher Liebe an dem Werk des Friedens und der Menschlichkeit mitzuarbeiten. Wir wollen mit den uns gegebenen Mitteln dazu beitragen, daß die Weiterentwicklung unseres Staates in immer größerem gegenseitigen Verstehen, in wachsender Einigkeit, Wahrheit und Gemeinschaft sich vollziehe. Möge den großen, friedvollen und zukunftsstarken Plänen unserer Deutschen Demokratischen Republik voller Erfolg beschieden sein.

Prof. D. Emil Fuchs

Die Rede von Professor D. Fuchs

Hochverehrter Herr Vorsitzender!

Mit tiefgehender Bewegung und Freude erlebe ich diese Stunde. Stellt sie doch einen Erfolg dar für eine Sache, die mir immer ein entscheidendes Lebensanliegen gewesen ist, einen Erfolg, auf dem wir sicherlich nicht ausruhen, dessen wir uns aber freuen dürfen. Es darf mir deshalb wohl gestattet sein, heute die Genugtuung deutlich zu machen, mit der ich vor Sie, Herr Vorsitzender des Staatsrates, hintreten und mit der ich die Zustimmung aussprechen kann zu dem, was Sie in ihrer Programmatischen Erklärung am 4. Oktober 1960 formuliert haben — aber eben nicht nur meine Zustimmung allein, sondern die von über 32 000 Gliedern und Amtsträgern der christlichen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, die stellvertretend für die übergroße Mehrheit aller Christen in unserem Staat den von mir entworfenen Brief an Sie unterzeichnet haben. Ich gestehe, daß ich mir in meinen kühnsten Träumen niemals eine solche Vorstellung erlaubt hätte: als Sprecher Tausender bewußter Christen vor dem Repräsentanten eines deutschen Staates stehen zu können, der der Staat der Arbeiter und Bauern, der in Wahrheit der erste Friedensstaat in der deutschen Geschichte ist.

Wenn ich heute sehe, daß die Kämpfe meiner Jugend nicht umsonst waren, wenn ich feststellen darf, daß wenigstens in einem Teil Deutschlands die Vergangenheit unseres Volkes gesellschaftlich bewältigt wurde, so weiß ich auch — und mit mir wissen es unzählige christliche Bürger der DDR — wodurch dieses Neue in der deutschen Geschichte möglich geworden ist: Es ist möglich geworden durch die unverbrüchliche Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte, die sich in unserer Republik unter der Führung der Arbeiterklasse entwickelt hat.

Diese Gemeinsamkeit hat uns als Christen geholfen, die Widersprüche zu überwinden, in die wir in der Vergangenheit immer wieder gestoßen wurden. Uns Christen sagt das Neue Testament: „So jemand spricht: ‚Ich liebe Gott‘ und hasset seinen Bruder, der ist ein Lügner. Denn wer seinen Bruder nicht liebt, den er sieht, wie kann er Gott lieben, den er nicht sieht.“ Bei dem Versuch, diesem Wort zu gehorchen, brach in der Vergangenheit immer wieder ein tiefer Widerspruch auf zwischen der persönlichen Gewissensentscheidung und dem ehrlichen Willen des einzelnen Christen,

für Fortschritt und Menschlichkeit einzutreten; und den verhängnisvollen Konsequenzen, die eine Gesellschaftsordnung entwickelte, die auf dem Prinzip des Konkurrenzkampfes, und das heißt doch, auf dem Gegeneinander der Menschen, aufgebaut war. Darüber hinaus gab es vor allem den Widerspruch zwischen der Friedensliebe der christlichen Menschen und der Kriegspolitik derjenigen Kreise, denen es um ihren Profit und um ihre Machtpositionen ging. Uns Christen in der Deutschen Demokratischen Republik ist es leichter geworden als den Christen in Westdeutschland, die Schlußfolgerungen aus dieser verhängnisvollen Vergangenheit zu ziehen, weil wir das in der Gemeinschaft aller humanistischen Kräfte tun konnten.

Gerade der Anlaß, der uns heute zu Ihnen, Herr Vorsitzender, führt, ist doch ein Zeichen dafür, daß immer mehr Christen und Theologen in der DDR erkennen, daß die gesellschaftlichen Konsequenzen, die der christliche Glaube für uns hat, nämlich der Einsatz für Frieden und wahrhafte Menschlichkeit, heute in Deutschland ohne Verkürzung nur auf dem Boden der DDR verwirklicht werden können. In diesem Sinne finden in unserem Staat auch alle progressiven christlichen Traditionen der Vergangenheit ihre Erfüllung: von der Landfriedensbewegung im Mittelalter über den Kampf Thomas Müntzers bis hin zu den Christen, die im 19. Jahrhundert für die Gestaltung einer dauerhaften Friedensordnung eintraten und nach einer echten Lösung der sozialen Frage suchten.

*Wir sind Ihnen, verehrter Herr Vorsitzender, besonders dankbar dafür, daß Sie mit Ihrem Vorschlag an die westdeutsche Regierung, mit der Regierung unserer Republik eine Friedensvereinbarung auf zehn Jahre abzuschließen, bewußt an die bewährte Tradition der *treuga dei*, des „Gottesfriedens“, angeknüpft haben. Eine solche Vereinbarung wäre ein erster Schritt auf dem Wege zur weiteren Festigung des Friedens, zur Bändigung der Kräfte in Westdeutschland, die aus der Vergangenheit nichts gelernt haben und die heute die Hauptgefahr für den Frieden in Europa darstellen. Meine Freunde und ich sind überzeugt, daß eine solche Vereinbarung eine Atmosphäre schaffen hilft, in der sich eine Annäherung und Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten vollziehen könnte.*

Wenn der große deutsche Humanist und Reformator Philipp Melancthon, dessen 400. Todestag wir im vergangenen Jahr feierlich begingen, seinen Abscheu gegen den Krieg mit den Worten Ausdruck verlieh: „Alle Kriege hindern die wissen-

schaftlichen Bestrebungen und entstellen die Kirche“, dann können wir heute feststellen: Unser Staat hilft als Teil des sozialistischen Lagers mit, daß die Friedensträume unserer großen Dichter und Denker und all der Millionen einfacher Menschen, die sich der Werke, die sie mit ihren Händen geschaffen haben, auch erfreuen wollen, in der Mitte des 20. Jahrhunderts endlich Wirklichkeit werden können.

Freilich darf in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden, daß die Kräfte des wiedererstandenen deutschen Militarismus und Imperialismus in Westdeutschland heute den christlichen Glauben in einem noch nie dagewesenen Ausmaß zur ideologischen Rechtfertigung ihrer Atomkriegspolitik mißbrauchen. Symbol für die unheilvolle Verflechtung von bestimmten Teilen der offiziellen Kirchen in Westdeutschland mit dem Bonner Staat war der Abschluß des Militärseelsorgevertrages zwischen dem Rat der EKD und der Regierung in Bonn. *Wir stimmen mit unserer Regierung darin überein, daß sie alle Versuche, etwa im Zusammenhang mit einem Kirchentag oder mit der EKD-Synode in Berlin Provokationen in das Gebiet unserer Republik zu tragen, entschieden zurückweist. Sie tritt damit dem Mißbrauch christlichen Glaubens entgegen und macht den Weg frei für einen Kirchentag des Friedens und der Verständigung.*

In dem Brief, den zu übergeben ich die Ehre habe, habe ich die Dankbarkeit hervorgehoben, mit der die christlichen Bürger der DDR die Programmatische Erklärung des Staatsrates begrüßt haben. Ich gehe wohl nicht fehl in der Feststellung, daß Ihre Ausführungen vom 4. Oktober 1960 alles das, was bisher über das Verhältnis von Christentum und Sozialismus gesagt wurde, zusammenfaßten und auf eine höhere Ebene hoben. Meines Erachtens besteht das Besondere dieser Erklärung darin, daß in einer Zeit, da in Westdeutschland die schroffe Absage an jeglichen Humanismus erfolgt, auf dem Boden unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates das Programm einer Vertiefung der Gemeinsamkeiten aller humanistischen Kräfte entwickelt wird. Dieses Programm des Kampfes der humanistischen Kräfte für den Frieden, für die soziale Gerechtigkeit und für die nationale Wiedergeburt Deutschlands steht nun aber nicht nur auf dem Papier, es realisiert sich in der alltäglichen schöpferischen Zusammenarbeit dieser humanistischen Kräfte.

Diejenigen jedoch, die die weltanschaulichen Unterschiede zwischen Christen und Marxisten als ein Hemmnis für dieses Ringen der humanistischen Kräfte darstellen, mehr noch: die den Antikommunismus und das christliche Zeugnis als

identisch hinstellen und als ideologischen Kitt für das Erreichen ihrer menschenfeindlichen Ziele benützen möchten, handeln gegen die Interessen der Nation. Die friedliebenden Christen der Deutschen Demokratischen Republik, aber auch in der Bundesrepublik, erkennen indes immer mehr, welche Gefahren das für die Erhaltung des Friedens heraufbeschwören müsse, sie wehren sich gegen jeden Mißbrauch ihres Glaubens im Dienste einer friedensfeindlichen Politik.

Gewiß, es gibt Unterschiede zwischen der Weltanschauung des Marxisten und dem Glauben des Christen, es gibt sogar sehr tiefgehende Unterschiede, die wir nicht vertuschen wollen. Aber diese weltanschaulichen Unterschiede sind für uns kein Hindernis für die feste Gemeinsamkeit aller der Kräfte, die in echter Verantwortung für des Menschen wahres Wohl wirken wollen. Im Gegenteil: Unser Gewissen, die gesellschaftlichen Konsequenzen unseres christlichen Glaubens, unser unerbittlicher Wille, für die Wahrheit einzutreten, zwingen uns, für den Frieden und für die soziale Gerechtigkeit, für den Sozialismus zu kämpfen. Die Programmatische Erklärung des Staatsrats zeigt den Weg, auf dem dieser Kampf erfolgreich und im Interesse unseres ganzen Volkes geführt werden kann.

Welche Zustimmung die Programmatische Erklärung vom 4. Oktober 1960 gerade in der christlichen Bevölkerung der DDR gefunden hat, geht aus der großen Zahl der Unterschriften unter meinem Brief an Sie, Herr Vorsitzender, hervor. Die 32 000 Unterzeichner stehen dabei für die große Mehrzahl aller Christen in der Deutschen Demokratischen Republik. Mögen diese Unterschriften ein Zeugnis dafür sein, daß die christlichen Bürger in der DDR ihre Heimat erkannt haben und für sie mit all ihren Kräften eintreten.

Ich habe versucht, einiges über die Schlußfolgerungen zu sagen, die wir aus der Vergangenheit gezogen haben; ich habe einiges zur Deutung der gegenwärtigen Situation ausgeführt. *Lassen Sie mich mit dem Hinweis darauf schließen, daß ich mit großer Hoffnung in die Zukunft blicke. Sowohl die Programmatische Erklärung des Staatsrats als auch Ihr Vorschlag, Herr Vorsitzender, einen zunächst zehnjährigen „Gottesfrieden“ für unser Vaterland herbeizuführen, sind Zeichen einer konstruktiven Politik im Interesse des ganzen deutschen Volkes. Sie sind aber auch ein Zeichen dafür, daß die friedliebenden Kräfte in der Deutschen Demokratischen Republik gerade durch solche Vorschläge, die sofort durchführbare erste Schritte auf dem Wege zu einer echten Friedensordnung darstellen, willens sind, auf ihre Weise mitzu-*

helfen, eine dauerhafte Friedensepoche der Menschheit herbeizuführen. Ich darf mit der abermaligen Versicherung schließen, daß die Christen in unserem Staat in diesem Kampf um die Festigung des Friedens fest an der Seite aller demokratischen Kräfte stehen werden.

Die Antwort Walter Ulbrichts

Hochverehrter Herr Professor Fuchs!

Meine Herren!

Für den bedeutungsvollen Brief von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und Laienchristen — unterschrieben von über 32 000 christlichen Bürgern unserer Deutschen Demokratischen Republik —, wie auch für Ihre bewegenden Worte, lieber Herr Professor Fuchs, danke ich Ihnen von Herzen. Ich freue mich besonders, aus diesem Brief entnehmen zu können, daß Sie und die Unterzeichner, die — stellvertretend für die übergroße Mehrheit aller Christen in unserem Staat Ihre Unterschrift gaben — Sinn und Ziel der Programmatischen Erklärung vom 4. Oktober vorigen Jahres und ihre Bedeutung für das Verhältnis von Staat und Kirche wie für die menschlichen und politischen Beziehungen zwischen Nichtchristen und Christen in unserer Republik gut verstanden haben. Ich freue mich besonders über Ihre bereits durch die Praxis bestätigte Versicherung, daß die von Ihnen repräsentierte Mehrheit unserer christlichen Bürger bereit ist, freudig mit uns an dem Werk des Friedens und der Menschlichkeit und an der Erfüllung der großen und — wie es in dem Brief richtig heißt — friedvollen und zukunftsstarken Pläne unserer Deutschen Demokratischen Republik mitzuarbeiten. Und ich begrüße es auch, daß wir gerade jetzt Gelegenheit zu einer — wie ich hoffe — ebenso offenen wie freundschaftlichen und fruchtbaren Aussprache haben.

In der Programmatischen Erklärung des Staatsrates heißt es u. a.: Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus sind keine Gegensätze. Die alte Sehnsucht der christlich gesinnten Bevölkerung, die sich in der Botschaft: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ äußert, kann ja ihre Erfüllung nur durch die Verwirklichung der hohen Ideen des Humanismus und Sozialismus finden. Oder haben etwa Kapitalismus oder Feudalismus einen Beitrag zur Verwirklichung dieses christlichen Ideals geleistet? Gestatten Sie mir bitte, hierzu noch einige einfache Gedanken vorzutragen, Gedanken eines Anhängers der mate-

rialistischen Weltanschauung und — sozusagen in der Wolle gefärbten — Sozialisten und Kommunisten.

Es kann doch wohl niemand bestreiten, daß Sozialismus und Kommunismus in der historisch gesehen erst recht kurzen Zeit ihres Wirkens in der Weltgeschichte unendlich viel mehr für die Verwirklichung der humanistischen und sozialen Ideale und Gebote des Christentums getan haben, als alle früheren Gesellschaftsordnungen zusammengenommen. Sowohl Feudalismus als Kapitalismus haben sich zwar oft einen aufdringlich christlichen Anstrich zugelegt, aber letztlich doch nur zu dem Zweck, mit Hilfe dieser Fassade ihrer durchaus unheiligen Herrschaft einen Heiligenschein zu verleihen, ihre eigensüchtigen, den christlichen humanistischen und sozialen Idealen und Geboten zutiefst widersprechenden Ziele zu verfolgen. Kapitalismus und das ursprüngliche Christentum sind doch — so will mir scheinen — recht eigentlich unversöhnliche Gegensätze. Wohingegen der Sozialismus — bei allen Unvollkommenheiten, die ihm hier und da noch anhaften mögen — doch die Verwirklichung auch der christlichen humanistischen und sozialen Ideale bringt. Die im Kapitalismus herrschenden Klassen haben die christlichen Kirchen als Waffe gegen den Sozialismus eingesetzt und mißbraucht. Ich komme aber im Zuge unserer praktischen und freundschaftlichen Zusammenarbeit immer mehr zu der Überzeugung, daß Sozialisten, Kommunisten und Christen — unbeschadet ihrer verschiedenen Weltanschauungen — bei der Gestaltung des Lebens und der Gesellschaft und der Sicherung des Friedens auf dieser Erde zusammengehören und einfach zusammenarbeiten müssen.

Ein Christ, der seine humanistischen und sozialen Ideale ernst nimmt, der seinen Kopf frei macht von Vorurteilen und dem Ballast einer toten Vergangenheit, sollte eigentlich gar nicht anders können, als sich mit dem Sozialismus zu vereinen. Und ich finde, wir sollten ihn immer und auf jeder staatlichen oder gesellschaftlichen Ebene herzlich willkommen heißen und ihm mit Achtung und Freundschaft begegnen. Ich möchte Ihnen sagen: Für uns sind die Worte in der Erklärung des Staatsrates kein taktischer Schachzug. Ich bin froh, Ihnen ganz offen sagen zu können, daß wir in einer nunmehr schon 15jährigen Zusammenarbeit — wobei es natürlich auch Auseinandersetzungen und vielleicht auch manches Mißverständnis gegeben hat — die Mitarbeit des christlichen Teiles der Bevölkerung, christlicher Politiker und mancher Theologen und kirchlicher Amtsträger in dem Ringen um Frieden und den Aufbau eines dem Frieden und dem Glück der Menschen dienenden deutschen Staates,

unserer Deutschen Demokratischen Republik, sehr schätzen gelernt haben. Und ich bin froh, immer wieder feststellen zu können, daß auch beim Aufbau des Sozialismus überzeugte Christen nicht nur ihren Mann stehen, sondern vielfach eine ganz hervorragende und aktive Rolle spielen, die von uns geschätzt und anerkannt wird.

Welches sind denn die einfachen Ideale und Ziele, die uns miteinander verbinden? Frieden und Menschlichkeit und gegenseitige Achtung, Glück und Wohlstand der ehrlich arbeitenden Menschen, Glück der Familien und glückliche an Körper und Seele gesunde Kinder — das ist es doch, was wir alle erstreben. Und hier sehe ich zwischen Atheisten und Christen keinerlei Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten. Sie werden mir auch bestätigen, daß ein überzeugter Christ unseren 10 Grundsätzen der sozialistischen Moral zustimmen und danach leben kann, ohne deshalb mit seinem christlichen Glauben in Konflikt zu kommen.

Über das gemeinsame Interesse an der Erhaltung des Friedens brauchen wir eigentlich nicht viel zu reden. Ohne Frieden können wir den Sozialismus nicht aufbauen. Aber auch zum Beispiel Herr Bischof Krummacher kann doch nur dann jeden Sonntagmorgen in seiner Greifswalder Bischofskirche predigen, wenn seine Kirche noch steht und die Schäflein seiner Gemeinde noch Leben und Gesundheit haben. Die bösertige Propaganda gegen Sozialismus und Deutsche Demokratische Republik hat in Westdeutschland das Wort geprägt, der Kommunismus gedeihe im Frieden, woraus die Schlußfolgerung gezogen werden soll, wer mit dem Kommunismus nicht einverstanden sei, müsse sich auf die Seite des Krieges schlagen. Aber Kirchen und Christentum — so meine ich — gäben sich selbst auf, folgten sie solchen unmenschlichen Gedankengängen.

Wir wünschen von ganzem Herzen und tun alles, um zu erreichen, daß das ganze deutsche Volk seine Kräfte anspannt, damit der Krieg für immer aus Deutschland verbannt werde.

Ich freue mich, mit Ihnen, lieber Herr Professor Fuchs, in der Ansicht übereinzustimmen, daß die Einstellung jeglicher Kriegspropaganda und die Vereinbarung eines Rüstungsstops, dazu der Abschluß einer Vereinbarung zwischen den beiden deutschen Staaten über einen zehnjährigen Gottesfrieden Ziele sind, die Christen und Nichtchristen gleichermaßen erstreben. Wir haben — wie Sie wissen — der westdeutschen Bundesrepublik eben diese ersten Schritte zur Verbannung des Krieges aus Deutschland für immer vorgeschlagen und wären glücklich, hierbei die tatkräftige Unterstützung der

Kirchen und aller christlichen Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik wie in der westdeutschen Bundesrepublik zu finden.

Wir sind davon überzeugt, daß das gemeinsame Anliegen aller Sozialisten, Kommunisten, Christen und sonstiger Bürger von humanistischer Gesinnung, nämlich die Sicherung des Friedens in Deutschland, ohne Bändigung des deutschen Militarismus nicht zu erreichen ist. Wir haben schließlich in unserer jüngeren Geschichte furchtbare Erfahrungen machen müssen und sehen heute mit Besorgnis und Empörung, daß diese Kräfte des Bösen neues Unheil für das deutsche Volk vorbereiten. Und in den Reihen der unverbesserlichen Militaristen, dieser Kräfte des Bösen, finden wir zu unserer Betrübnis auch diesmal wieder Männer der Kirche, die in Westdeutschland sogar die Kirchenleitung beherrschen.

Wir sind — das möchte ich Ihnen sagen — darüber betroffen, daß es den in Westdeutschland herrschenden Kreisen gelungen ist, die westdeutschen Kirchen ihren durchaus unchristlichen Zielen der Kriegsvorbereitung und der Menschenfeindlichkeit dienstbar zu machen. Die Exponenten der westdeutschen Kirchen haben dementsprechend in den vergangenen Jahren keine Mühe gescheut, die Grundlagen einer Zusammenarbeit mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu zerstören. Zahlreiche Beschlüsse und Handlungen dieser kirchlichen Kreise trugen mit peinlicher Unverfrorenheit den Stempel des kalten Krieges gegen die Deutsche Demokratische Republik. Ich brauche hier nicht auf Einzelheiten einzugehen. Sie kennen sie alle. Ich brauche hier auch nicht die Namen der NATO-Politiker in geistlichem Gewande oder sonstiger kirchlicher Tarnung zu nennen. Sie kennen sie alle. Die mit dem Abschluß des Militärseelsorgevertrages besiegelte Indienstnahme der westdeutschen kirchlichen Einrichtungen für Zwecke der NATO-Armee und NATO-Politik hat den Krug zum Überlaufen gebracht und die letzte Brücke zu einer Zusammenarbeit zwischen der gegenwärtigen westdeutschen Kirchenleitung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik trotz unserer ernststen Warnungen mutwillig abgebrochen.

Wir haben sehr lange gezögert, aus dieser Situation die Konsequenzen zu ziehen. Wir haben immer und immer wieder gewissenhaft geprüft, ob es nicht doch noch irgendeine Möglichkeit gäbe, den von den Exponenten der westdeutschen NATO-Kirchen vollzogenen Abbruch der Beziehungen zu uns zu umgehen oder unwirksam zu machen. Aber maßgebliche Exponenten der westdeutschen Kirchen trieben ihr unchristliches Spiel so weit, daß jeder Pfad ver-

sperrt wurde. Sie haben sich selbst uns gegenüber jeglicher Glaubwürdigkeit beraubt.

Ich möchte nochmals betonen, daß dadurch unser Verhältnis zu den Evangelischen Kirchen in der DDR in keiner Weise beeinträchtigt wird. Wir haben die Bereitschaft erklärt, den Vertretern der Kirche mannigfaltige Erleichterungen zu gewähren, ihnen in vieler Beziehung entgegenzukommen, wobei allerdings sichergestellt werden muß, daß exponierte NATO-Politiker in geistlichem Gewand wie die Herren Dibelius, Lilje und Kunst oder auch solche exponierten Atomkriegs-politiker wie Herr Gerstenmaier in der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Hauptstadt nichts zu suchen haben, da sie in Vergangenheit und Gegenwart zu Genüge bewiesen haben, daß sie als professionelle Wölfe im Schafspelz kirchlicher Tarnung nur deshalb zugeneigt sind, um desto ungestörter provozieren und für die Kriegspolitik der NATO werben zu können.

Wir sind bereit — wie Sie wissen — unsere Haltung zu überprüfen, wenn sich die westdeutschen Kirchenführungen — was im Interesse aller Christen läge — von der NATO-Politik lossagten. Denn schließlich braucht eine christliche Kirche doch weder NATO noch NATO-Armee noch atomare Aufrüstung. Offensichtlich ist es doch so, daß die NATO ihrerseits die Kirchen benötigt und mißbraucht, und zwar für die Durchführung einer durchaus unchristlichen verderblichen Politik der Kriegsvorbereitung, des kalten und des heißen Krieges. Wir bedauern es, daß die Exponenten der westdeutschen Kirchen den Streit mit uns vom Zaune gebrochen haben. Uns wäre — weiß Gott — lieber, wir könnten auch mit den Theologen und kirchlichen Amtsträgern und christlichen Politikern Westdeutschlands in Eintracht, gegenseitiger Achtung und Vertrauen für den Frieden, das Glück und die Zukunft unseres Volkes wirken.

Daß eine solche gute und für Christen wie Nichtchristen fruchtbare Zusammenarbeit möglich ist, haben wir in der Deutschen Demokratischen Republik bewiesen. Und ich möchte mit der Hoffnung schließen, daß diese unsere Zusammenarbeit, die Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche, zwischen Atheisten und Christen, auf allen Ebenen in Zukunft noch enger und vertrauensvoller sein möge, als sie es heute schon ist.

Ich danke Ihnen, lieber Herr Professor Fuchs, und auch Ihnen, meine Herren, nochmals für Ihren Brief und für die Bekundung ihrer freundschaftlichen Gesinnung und Bereitschaft zu weiterer vertrauensvoller Zusammenarbeit.

Die Aussprache

Zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, und der von Prof. D. Emil Fuchs geleiteten Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern fand eine offene und freundschaftliche Aussprache statt.

Prof. Dr. Kurt Wiesner:

Verehrter Herr Vorsitzender! Es ist Ihnen noch besonderer Dank zu sagen, daß Sie uns so klar dargelegt haben, was eigentlich der Militärseelsorgevertrag für die Kirche bedeutet. Dieser Militärseelsorgevertrag dient dem Zweck, die Kirche zu ruinieren. Er zeigt doch, daß auf der einen Seite ein Staat sich nur darum christlich nennt, um mit der Kirche ein Geschäft zu machen. Auf der anderen Seite eine Kirche, die einen solchen „christlichen Staat“ anerkennt, ja in diesem Staat ein Objekt sieht, um mit diesem Staat wieder ein Geschäft zu machen. Ich finde, das ist gerade in dem Militärseelsorgevertrag besonders stark zum Ausdruck gekommen. Wenn man heute in kirchlichen und theologischen Kreisen davon spricht, daß ausgerechnet die Bastion des Friedens, nämlich die Deutsche Demokratische Republik und ihre Regierung, dazu beitrage, die Einheit der Kirche zu spalten, so ist das gänzlich falsch gesehen. *Die Kirche wird dort gespalten, wo man eben einen Militärseelsorgevertrag mit einer politischen Macht abschließt, mit einem Bund, der alles andere verfolgt, als irgendwie den christlichen Zielen der Sittlichkeit entgegenzukommen.*

Gerald Götting:

Vielleicht kann man im Zusammenhang mit der Frage des Militärseelsorgevertrages vor allen Dingen jene Worte zurückweisen, die von Kreisen der NATO immer wieder an unsere Adresse gerichtet werden, wenn sie sagen, daß wir ein Interesse an der Spaltung der evangelischen Kirche haben. Durch den Abschluß des Militärseelsorgevertrages sprengten sie die Einheit der evangelischen Kirche, von der sie ständig sprechen. Sie sollen jetzt nicht aufstehen und behaupten, wir hätten uns in diese Angelegenheiten in irgendeiner Form eingemischt. Erst als sich die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik durch einen klaren Beschluß von diesem unheilvollen antikirchlichen Vertrag distanzieren, haben sie überhaupt Luft bekommen, die es ihnen ermöglichte, ihre Mitarbeit in unserem Staate zu ordnen. Ich glaube, daß man auch diesen Aspekt vor allen Dingen denen vorhalten sollte, die heute mit einer unglaub-

lichen Hetze gegen unsere Republik gerade auf diesem Gebiet hervortreten.

Walter Ulbricht:

Ihre Bemerkungen sind sehr interessant. In einer Periode, in der sich die fortgeschrittenen Kräfte der Menschheit die Aufgabe gestellt haben, den Krieg aus dem Leben der Völker zu verbannen, tritt in jedem Land der Gegensatz zwischen den friedliebenden Kräften und denen, die eine – wie wir sagen – imperialistische Politik betreiben, die nach Eroberung anderer Länder oder Ausweitung der Machtpositionen des Monopolkapitals streben, verstärkt in Erscheinung. In Westdeutschland haben die imperialistischen und militaristischen Kräfte die Macht in der Hand und setzen sie ein, um die Kirche auszunutzen. Deswegen ist es nicht richtig, von einer Spaltung der Kirche zu sprechen. Wir stehen nicht im Gegensatz zu den evangelischen oder katholischen Christen in Westdeutschland. Das ist doch nicht wahr. Sie sind auch für den Frieden und wollen ebenfalls in Frieden leben.

Wir haben aber einen grundsätzlichen Gegensatz zu den Vertretern der Kirchenführung in Westdeutschland, die auf dem Boden der NATO-Politik stehen und durch den Militärseelsorgevertrag an die Atomkriegspolitik gebunden sind und in weitgehendem Maße von der Kirchenabteilung im Ministerium des Herrn Strauß gelenkt werden.

Das ist die Tatsache, unsere Differenzen bestehen nicht mit der Kirche und ihren Mitgliedern in Westdeutschland, sondern mit den reaktionären Kirchenführern. Mit denen haben wir in der Tat grundsätzliche Differenzen. Sie beziehen sich nicht auf die Weltanschauung, sondern in erster Linie auf die Fragen des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und des Humanismus. Militärseelsorgevertrag ist unvereinbar mit Friedenswillen. Das ist die wirkliche Lage. Der Militärseelsorgevertrag ist ein antihumanistischer Vertrag und im Grunde genommen – das haben mir Christen gesagt – ein Vertrag, der gegen die Kirche gerichtet ist. Sie wissen doch ganz gut, es gab in der Hitlerzeit eine Anzahl Geistliche, die die Hitlerregierung unterstützten. Dafür hat die Kirche teuer bezahlt. Es gab aber auch Geistliche, die in Opposition standen, die ihre christlichen und humanistischen Auffassungen vertraten. Sie haben an Autorität gewonnen. 1933 kämpfte ich hier in Berlin illegal. Damals erschienen in der Presse Artikel und Bilder, die berichteten und zeigten, wie Herr Bischof Dibelius in der Garnisonkirche zu Potsdam der Hitlerregierung den kirchlichen Segen gab. Man kann doch nicht sagen, daß dies im Interesse des Volkes war. (Zwischenruf von Prof. Fuchs: Ich saß seinerzeit im Gefängnis!)

Pfarrer Rüter:

Herr Staatsratsvorsitzender, in der von Ihnen genannten Frage des sozialen Lebens können uns die Menschen drüben in Westdeutschland nicht ins Gesicht sehen. Darum zieht man eben die Idee vor und sagt, der Atheismus, das ist unser Feind und setzt ihn gleich mit uns in der DDR. Ich mußte vorhin bei Ihrem Beispiel, daß Bischof Krummacker nur im Frieden in seiner Kirche in Greifswald predigen kann, daran denken, daß bei uns Theologen immer wieder unser ganz großer Kurzschluß einsetzt, den wir in diesem zugespitzten 20. Jahrhundert immer wieder begehen. Wir haben uns selbst jahrzehntelang und durch alle Kriege hindurch getröstet, indem wir sagten: Wenn auch diese Kirche durch Bomber oder Artilleriebeschuß zerstört ist, haben wir trotzdem noch zu predigen und dann eben zu verkündigen den Frieden, der in uns wohnt. Das ist ja der große Kurzschluß. Wir können doch nicht vom Frieden sprechen, den Gott mit uns geschlossen hat, wenn wir nicht bereit sind, heute mehr denn je den Frieden für den einzelnen Menschen zu erhalten und zu sichern. Eben darum können wir nicht wie mit dem Seelsorgevertrag sagen: es ist gut, du bist nun in einer NATO-Armee – einer Atomarmee – da hast du nun auch den Frieden, und Gott erleichtert es dir. Sondern wir müssen sagen: Weg mit den Waffen und weg mit der Atomwaffe!

Walter Ulbricht:

Es ist richtig, was Sie sagen. Ich möchte auf Ihre Frage auch grundsätzlich antworten. Wir haben zwei verschiedene Weltanschauungen. Niemand verheimlicht und bestreitet das. Ich stelle die ganz einfache Frage: Wenn wir nicht den Frieden erhalten, wie wollen Sie dann noch Ihre Weltanschauung vertreten? Unter der Erde? Als Atomtote? Das ist die Theorie von Strauß! Er ist der Meinung, daß es noch ein paar Überlebende in Westdeutschland geben würde.

Wir sagen jedoch ganz offen: Wir haben verschiedene Weltanschauungen, aber die Grundbedingung jedes menschlichen Lebens ist doch die Erhaltung des Friedens. Nur im Frieden können wir uns über die elementaren Grundsätze des menschlichen Zusammenlebens verständigen und den wissenschaftlichen Meinungsstreit über weltanschauliche Fragen führen. Anders geht es doch nicht!

Die Form, in der wir die Sicherung des Friedens für möglich und notwendig halten, ist der Abschluß eines Friedens zwischen beiden deutschen Staaten für 10 Jahre, wobei weder wir noch der westdeutsche Staat dabei irgendwelche Bedingungen stellt, die die gesellschaftliche Ordnung oder Weltanschauung

betreffen. In beiden deutschen Staaten soll sich die gesellschaftliche Ordnung so entwickeln, wie das ihre Bürger bestimmen. Die Hauptfrage ist, daß sich beide Staaten verpflichten, keine Gewalt anzuwenden, weder Krieg noch Bürgerkrieg zu provozieren und eine solche Atmosphäre geschaffen wird, in der sich beide Staaten annähern, um auf diese Weise zumindest die Voraussetzungen für eine spätere Wiedervereinigung zu schaffen.

Deshalb vertreten wir den Grundsatz der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Die friedliche Koexistenz ist, das möchte ich hier offen sagen, nicht auf alle Bereiche des menschlichen Zusammenlebens anwendbar. *Der einfache Sinn der friedlichen Koexistenz ist, ein neues Völkermorden und – was Deutschland betrifft – den Bruderkrieg zu verhindern.*

Der friedlichen Koexistenz kann also jedes Volk und jeder einzelne Mensch unbeschadet seiner Weltanschauung oder seiner politischen Ziele mit gutem Gewissen zustimmen, weil jeder Krieg – besonders heute – für jeden Menschen Unheil bringt. Der Friede ist ein Segen für alle Menschen, unabhängig davon, welche politischen Ziele sie haben und welche Weltanschauung sie vertreten. Wir wollen, daß der Krieg für immer durch den friedlichen Wettbewerb und friedlichen Meinungsstreit der Menschen ersetzt wird. *Dies darf allerdings nicht so ausgelegt werden, als wäre die friedliche Koexistenz eine Versicherungspolice gegen historischen und gesellschaftlichen Fortschritt.*

So ist das nicht gemeint. Das wäre unnatürlich und außerdem unreal. Das Ringen der gesellschaftlichen Kräfte, der Kampf des Neuen, dem die Zukunft gehört, gegen das Alte, Absterbende, das der Vergangenheit angehört, wird weitergehen und kann nicht durch Vereinbarungen über friedliche Koexistenz ausgeschaltet werden. Unter den Bedingungen des Friedens gibt es einen Wettbewerb auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, aber, wie gesagt, ohne Bürgerkrieg, ohne Gewaltanwendung.

Der Sozialismus wird in allen kapitalistischen Ländern siegen! Das ist ein objektives Gesetz gesellschaftlicher Entwicklung. Keine Propaganda – weder aus Bonn noch aus den USA – kann an diesem Gesetz irgend etwas ändern. Selbst wenn irgend jemand dies wünschte, könnte er die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung nicht außer Kraft setzen. Wir haben selbstverständlich dazu keinen Anlaß. Aber den Krieg als Mittel der Auseinandersetzung auszuschalten, das können und müssen wir tun.

Die Ablehnung der friedlichen Koexistenz im Bereich der Ideologien bezieht sich in erster Linie auf die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus und ihren philosophischen Grundlagen. Ich möchte weder die christliche Lehre noch die christlichen Kirchen in einen Topf mit dem Kapitalismus und Imperialismus werfen. Deswegen spreche ich ausdrücklich von imperialistischen Ideologien, obwohl bekannt ist, daß die Kirchenführungen schwere Schuld auf sich geladen haben, indem sie sich sehr lange Zeit vom Kapitalismus und Imperialismus mißbrauchen ließen und besonders jetzt in Westdeutschland noch immer mißbrauchen lassen.

Es gibt natürlich einen Gegensatz zwischen dem historischen Materialismus, unserer Weltanschauung, und dem philosophischen Idealismus, in dem das Christentum, wie jede Religion, wurzelt. Über diese Frage gibt es wissenschaftlichen Meinungsstreit, nicht wahr, meine Herren? Aber dazu brauchen wir keine Waffen! (Zwischenbemerkung von Prof. Fuchs: Ich habe in der Zeitschrift für Philosophie unserer Universität in Leipzig einen Artikel geschrieben. Man hat mir gesagt, ich sei Idealist. Ich habe das energisch bestritten. Aber damit werden Sie nicht ganz einverstanden sein.)

Damit bin ich nicht ganz einverstanden. Bitte, Sie haben das Recht, Ihre Meinung zu vertreten. Es hat Sie doch niemand daran gehindert, Ihre Meinung zu vertreten? (Prof. D. Fuchs: Nein, niemand!) Sie haben in dieser Frage eine andere Auffassung als andere Professoren an der Leipziger Universität. Nun gut, trotzdem wird das abgedruckt, und dadurch gibt es einen wissenschaftlichen Meinungsstreit. Zweifellos wird das dazu beitragen, die geistige Entwicklung zu fördern. Durch ihre Zwischenbemerkung kam schon zum Ausdruck, daß eine friedliche Koexistenz zwischen verschiedenen theoretischen Auffassungen und Weltanschauungen nicht möglich ist. Das würde bedeuten, daß die eine schweigen müßte, wodurch jedes weltanschauliche Ringen unterbunden würde. Selbstverständlich ist das untragbar. Wir sind dafür, daß Sie Ihre Meinung sagen. *Aber unsere philosophischen Meinungsverschiedenheiten, die wir gar nicht verkleinern wollen, können doch die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die humanistischen und sozialen Ziele des ursprünglichen Christentums und die humanistischen und sozialen Ziele des Sozialismus so weitgehend übereinstimmen, daß sich ein Zusammengehen geradezu aufdrängt.*

Es war kein Zufall, daß wir 1945 unmittelbar nach der Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterschaft damit begonnen haben, die Verhandlungen mit den Vertretern der

christlichen Weltanschauung zu führen. Ich selbst habe damals über die Zusammenarbeit mit der CDU verhandelt. Wir kamen überein, ein Stück des Weges zusammenzugehen. Die Meinungsverschiedenheiten, die später auftraten, bezogen sich nicht auf weltanschauliche oder irgendwelche philosophische Fragen, sondern betrafen die Bodenreform und die Frage der Enteignung der Konzernbetriebe. Das war keine direkte Frage der Philosophie. Wir sind der Meinung: Dieser Weg, den wir damals gegangen sind, hat sich als richtig erwiesen, und daher haben wir die Absicht, diesen Weg weiterzugehen. Je besser und freundschaftlicher unsere Zusammenarbeit ist, um so leichter und schmerzloser wird sich auch der Wettbewerb zwischen unseren unterschiedlichen Ideologien vollziehen. Ich begrüße deshalb Ihre Darlegungen, Herr Professor Fuchs, weil Sie ganz klar sagen, welche Position Sie einnehmen. Sie verschleiern nichts. Sie sagen, in einigen Fragen der Weltanschauung haben wir verschiedene Auffassungen, aber in der Grundfrage des Lebens des Volkes stimmen wir überein, d. h. in der Frage des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und des Humanismus sind wir einer Meinung. Das ist die Hauptfrage.

Prof. D. Fuchs:

Herr Vorsitzender! Sie haben vorhin gesagt, daß Sie und die Regierung bedauern, daß im Westen so viele Kirchenführer sich der NATO-Politik hingeben. Wir Christen müssen das ja noch viel mehr bedauern. Sie haben außerdem gesagt, daß Ihrer Meinung nach der Militärseelsorgevertrag die Selbsterstörung der Kirche ist. Das fühlen wir auch. So sind wir durch die Lage von drüben her geradezu gezwungen, auf Ihre Seite zu treten, nicht nur um unseres Staates willen, sondern um unsere Kirche zu retten. Es ist ja unmöglich, daß unsere Kirche bestehen bleibt, wenn dauernd vom Boden der Kirche mit der Autorität der Kirche an den verschiedensten Punkten politische Meinungen vertreten werden — die bis zur Rechtfertigung der Atombombe reichen —, die dem Christentum ins Gesicht schlagen. *Also, wir stehen auf Ihrer Seite nicht nur um des Staates willen, sondern um unserer Kirche willen.* Wir wollen sie endlich dazu bringen, daß sie das Wort aus dem Evangelium sagt, wie ich es auch aus dem Evangelium anführe: *Der Christ ist verpflichtet, seinen Bruder zu lieben. Wenn er den Bruder nicht liebt, den er sieht, dann kann er Gott nicht lieben, den er nicht sieht!*

Der Bruder ist der Mensch, den wir uns nicht aussuchen können wie wir wollen, sondern er ist, wie Gott ihn geschaffen hat, wie er um uns lebt. Erringt sich die Kirche diesen Standpunkt nicht wieder, muß sie zugrunde gehen. Denn damit

wird in ihrer Mitte ja dauernd gepredigt, was ihren eigenen Grundlagen widerspricht. Deshalb stehen wir zu unserem Staat, weil wir glauben, um unserer Kirche willen uns so stellen zu müssen.

Walter Ulbricht:

Ich verstehe Ihren Standpunkt sehr gut.

Dr. Jensen:

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen, hochverehrter Herr Vorsitzender, noch ganz besonders dafür danken, daß Sie in Ihrer Ansprache, die für die Christen unserer Republik ja so große Bedeutung hat, wieder den Ruf, der seit 15 Jahren an uns ergeht, neu erhoben haben, auf allen Gebieten des gesellschaftlichen und politischen Lebens mitzuarbeiten. Ich glaube, durch diesen Ruf, der heute erneut an uns ergeht, haben Sie schon die Antwort auf eine bisher von gewissem Mißtrauen getragene Diskussion gegeben, die bestimmte Leute auf Grund einer Formulierung der Staatsratserklärung führen. Man hat leider in diesem Zusammenhang so diskutiert und gemeint, wir Christen sollten auf den kirchlichen Raum beschränkt sein, indem der Kirche das Recht, zu den Lebensfragen des Volkes Stellung zu nehmen, geschmälert würde. Meines Erachtens haben Sie heute erneut gezeigt, wie wir Christen unseren Glauben praktizieren in der gesellschaftlichen Mitarbeit, in der Arbeit für den Frieden und für die soziale Gerechtigkeit, für die humanistischen Ziele des Sozialismus. Gerade im Hinblick auf diese Diskussion bin ich Ihnen dankbar, daß Sie wieder neu gerufen haben, und ich möchte nur wünschen, daß recht viele Christen in unserer Republik das hören und fortsetzen, was wir schon 15 Jahre getan haben.

Walter Ulbricht:

Sehr einverstanden!

Bitte praktizieren Sie Ihren Glauben im Sinne der Menschlichkeit, im Sinne des sozialen Fortschritts. Aber Sie werden sehr gut verstehen, daß wir damit nicht einverstanden sein können, daß einige westdeutsche Bischöfe ihren Glauben praktizieren wollen, indem sie auf dem Marx-Engels-Platz Kundgebungen gegen die Regierung der DDR durchführen.

Pfarrer Oelze:

Die ideologischen und weltanschaulichen Verschiedenheiten beziehen sich ja wohl nicht auf die Einstellung zur Weiterentwicklung der Gesellschaftsordnung. Ich glaube, daß wir Grund haben, dies immer wieder zu sagen. Als ich für das Abgeordnetenamt nominiert wurde, kamen immer wieder viele Bedenken von christlichen Kreisen. Wie kannst du zum

Sozialismus ja sagen? Sozialismus bedeutet Atheismus, zu mindest atheistische Grundhaltung. Dagegen habe ich mich, solange ich politisch tätig bin, gewendet. Ich glaube, die Staatsraterklärung bekräftigt, daß ich einen richtigen Weg gegangen bin in dem Glauben und der Gewißheit, daß sich an dieser Einstellung zur Gesellschaftsordnung durch die unterschiedliche Weltanschauungs nichts ändert. Mich haben besonders zwei Dinge beeindruckt, als ich kürzlich auf einer Reise in die Sowjetunion in Moskau sein konnte. Ich möchte das, was uns theoretisch bewegt, in zwei kleinen Worten zusammenfassen:

Es gibt zwei Worte in der Bibel, die in der Politik des Kommunismus wörtlich wiederkehren. Das eine ist das Wort, das von Karl Marx an den Schluß des Kommunistischen Manifestes gestellt worden ist, das Wort aus dem 2. Thessalonicher-Brief: „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen.“ Ich glaube, in diesem Wort manifestiert sich das gesamte Programm des sozialistischen Neuaufbaus der Gesellschaft. Ein Wort, das also gleichbedeutend ist, gleichklingt und sogar wörtlich im Programm des kommunistischen Gesellschaftsaufbaues wie auch in der Bibel steht. Ein Wort, aus dem sich selbstverständlich gesellschaftliche Forderungen ergeben: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, das heißt: 1. die Hochschätzung der Arbeit als das Wahre, Menschlichste aller Unternehmen und 2. die Ausschaltung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

In diesem Punkte hat der Marxismus das zu einem gesellschaftlichen Programm erhoben, was in der Kirchengeschichte vernachlässigt, ja sogar ins Gegenteil verwandelt worden ist.

Dieser Satz „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ ist in der Kirchengeschichte, abgesehen von einigen Bewegungen, die dann von der herrschenden Kirche unterdrückt wurden, nicht durchgeführt worden. Das steht aber als ein wesentlicher gesellschaftspolitischer Grundsatz im Neuen Testament. Das zweite Wort, an das ich erinnern möchte, auf der Nadel der sowjetischen Friedensbewegung ausdrücklich genannt: „Schmiedet die Schwerter zu Pflugscharen.“ Auch dieses eine Wort, das im Alten Testament wörtlich so steht beim Propheten Jesaja und beim Propheten Micha, ist ein prinzipieller Grundsatz, der eben den Krieg aus der Welt schaffen und die kriegerische Einstellung ersetzen will durch die positive Wertung der Arbeit.

Die Schwerter sollen zu Pflugscharen werden, und mit der Pflugschar leistet man ja bekanntlich Arbeit. Diese beiden Worte stellen doch ein Symbol dar, wie humanistische Ziele des Sozialismus und des Kommunismus übereinstimmen

können mit christlicher Einstellung, christlicher Haltung. Es ist ja schon gesagt worden, wie gerade in diesem Punkt „Schmiedet das Schwert zu Pflugscharen“ — ein alttestamentliches Wort, das vor 2500 Jahren ausgesprochen wurde — ebenfalls die Kirchen zu keinem positiven, zu keinem realen gesellschaftlichen Erfolg gekommen sind. Wenn in der Staatsraterklärung die Möglichkeit einer Zusammenarbeit im Aufbau einer neuen Gesellschaft betont wird, dann ist das für mich eine Bestätigung, daß der Christ selbstverständlich auch am Kampf für den Frieden teilnehmen muß, was ja immer wieder in Zweifel gezogen wird. Er redet wohl vom Frieden, aber man möchte den Kampf für den Frieden vermeiden, das heißt, dem positiven gesellschaftlichen Eintreten für die Realisierung des Friedens — und natürlich auch für die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung — ausweichen.

Ich halte es für ein bedeutendes Ereignis, daß der Vertreter eines Staates, der nicht das Christentum als Element, als Mörtel seines Aufbaus verwendet, doch in der Lage ist, Menschen des christlichen Glaubens zu einem Gespräch über gesellschaftliche Fragen einzuladen. Das ist ein Positivum, das mich in der Zuversicht bestärkt, daß beide Weltanschauungen, Christentum und Marxismus, in der Zukunft sich noch sehr vieles zum gemeinsamen Nutzen zu sagen haben werden.

Walter Ulbricht:

Es ist richtig, was Sie sagen in bezug auf die sozialen und weltanschaulichen Probleme. Vielleicht ist es leichter, die neuen Probleme zu erkennen, wenn man von den neuen Erscheinungen und den Aufgaben der Menschen in der neuen Epoche ausgeht. Seitdem ein Weltlager des Sozialismus besteht und die nationale Befreiungsbewegung in den Kolonien in einem sehr schnellen Tempo vorwärtsschreitet, sind die Friedenskräfte sehr stark gewachsen. Ich habe mit großem Interesse vernommen, daß immer mehr überzeugte Christen sich der großen Bedeutung der Existenz und der großen Erfolge des sozialistischen Lagers unter der Führung der UdSSR für das Anliegen des Friedens bewußt werden. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit besteht jetzt tatsächlich die reale Möglichkeit, den Frieden zu sichern. Es müßte doch jeden Christen, der es mit dem Gebot des Friedens ernst meint, tief berühren, daß gerade der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chruschtschow, ein nicht christlicher Staatsmann, ein Atheist und nicht ein Mann in geistlichem Gewand, von der Tribüne der UN-Vollversammlung für alle Menschen dieser Erde die große Botschaft des

Friedens verkündete und die Forderung nach allgemeiner und vollständiger Abrüstung in aller Welt und für alle Welt mit Leidenschaft und Überzeugungskraft vertrat. Damit hat er alle Menschen angesprochen, unabhängig von ihrer Weltanschauung, die Atheisten, Christen, Buddhisten, Mohammedaner, Israeliten usw. N. S. Chruschtschow wies die Möglichkeiten und die Notwendigkeit der Einigung aller Menschen für die Erhaltung des Friedens. Seine große Botschaft auf der 15. Tagung der UN, die völlig mit unserer Politik übereinstimmt, eröffnet die schöne Perspektive, den Krieg aus dem Leben der Völker zu beseitigen. Sollte das nicht Anlaß sein für alle Christen, in sich zu gehen, sich zu prüfen und sich offen auf diejenigen Kräfte in der Welt zu orientieren und mutig an ihre Seite zu treten, die dem Frieden dienen, die Vorkämpfer des Friedens für alle Zeiten sind?

Angesichts des Neuen in der Welt werden diejenigen schlecht abschneiden, die die Atomkriegs- und Revanchepolitik predigen. Sie haben keine Perspektive. Vielleicht wird mancher sagen: Ihr in der Deutschen Demokratischen Republik seid nur ein Drittel Deutschlands. Ja, ein Drittel Deutschlands sind wir gegenwärtig, das stimmt! Aber die Ideen, die wir vertreten, das sind doch Ideen, die den Interessen der Mehrheit auch der westdeutschen Bevölkerung entsprechen. Die westdeutsche Bevölkerung ist doch nicht etwa für die Atombombe irgendeines NATO-Bischofs in Westdeutschland, der erklärt hat, man muß sich mit der Atombombe abfinden.

Die Menschen in Westdeutschland sind doch ehrlich für den Frieden, und sie haben sogar die Hoffnung, daß die Kräfte der Sowjetunion und des Friedenslagers ausreichen, um einen Krieg zu verhindern. Mir scheint, es ist die Zeit gekommen, daß sich die Christen auf die neue Lage und die neuen Kräfte in der Welt orientieren. Sie leben nicht mehr im Mittelalter — einer toten Vergangenheit —, sondern neue Kräfte verwirklichen heute in der Welt bestimmte, ursprünglich vom Christentum vertretene Grundsätze. Es glaubt doch niemand, daß sich etwa im Jahre 2000 die westdeutschen Werktätigen noch von einer kleinen Gruppe Monopolherren ausbeuten lassen. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist unmoralisch und geht daher unweigerlich ihrem Ende entgegen. Neue moralische Prinzipien des Rechts auf Arbeit, der Achtung der Arbeit und der Menschenwürde werden verwirklicht.

Prof. Köhler:

Herr Vorsitzender, könnten Sie noch etwas über die Möglichkeiten eines Kirchentages auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik sagen?

Walter Ulbricht:

Ja, ich habe vom Staatssekretär für Kirchenfragen, Herrn Seigewasser, erfahren, daß Vertreter der evangelischen Kirche der Deutschen Demokratischen Republik die Durchführung eines Kirchentages in der Deutschen Demokratischen Republik beantragt haben. Ich nehme an, daß der Staatssekretär diesen Antrag wohlwollend prüft. Wir verstehen, daß die Frage des Kirchentages kompliziert geworden ist. Nachdem auf dem Kirchentag in München die Militaristen im Sinne des Militärseelsorgevertrages aufgetreten sind, Feldgottesdienste abhielten und Revanchehetze betrieben, hat doch der Kirchentag seinen Charakter geändert. Es gab früher einen Kirchentag in Leipzig. Alle, die dabei waren, können sich entsinnen, daß er sehr friedlich verlaufen ist. Dort wurde nicht provoziert. Dort saßen Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Otto Grote wohl neben den Bischöfen der Deutschen Demokratischen Republik und einigen aus Westdeutschland. Inzwischen wurde der Militärseelsorgevertrag abgeschlossen, so daß jetzt die Kirchenabteilung des westdeutschen Kriegsministers Strauß bestimmt.

Den Kirchen und christlichen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik müssen wir deshalb ganz offen sagen, wenn sie einen Kirchentag für die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik durchführen wollen, werden sich unsere Staatsorgane mit ihnen verständigen. Von unserer Seite gibt es keine Einwendungen.

Aber wir können nicht zulassen, daß NATO-Politiker im geistlichen Gewand in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik den kalten Krieg gegen unsere Republik und den Frieden führen, gegen die Interessen der gesamten Bevölkerung und auch gegen die friedlich gesinnten Christen auftreten. Das ist unser eindeutiger Standpunkt zu dieser Frage.

Die Führer der westdeutschen NATO-Kirche möchten aber einen Kirchentag in der Deutschen Demokratischen Republik verhindern. Deshalb müssen wir uns doch fragen, ist etwa in Westberlin eine den Anliegen der Kirche und der Frömmigkeit günstigere Atmosphäre? Offensichtlich doch nicht! Die Frontstadtatmosphäre und der Frontstadtsumpf können doch einen Kirchentag in Westberlin — dessen Hauptanliegen religiöser Natur ist — nur ungünstig beeinflussen.

Wenn die Herren Lemmer und Brandt den Wunsch haben, den Kirchentag in Westberlin durchzuführen und ihn für Zwecke der Wahlpropaganda auszunutzen, so hat das doch

nichts mit religiösen Wünschen zu tun. Wir sind daran interessiert, daß in Berlin keinerlei Anlaß zu Konflikten geschaffen wird. Da die Herren der Militärkirche es nicht lassen können, Konflikte zu provozieren, ist Berlin offenkundig der ungeeignetste Ort für einen Kirchentag. Die westdeutschen Besucher des Kirchentages in Leipzig haben uns damals gesagt, daß noch kein anderer Kirchentag so gut — ohne von religiösen Fragen ablenkende äußere Einflüsse — verlaufen ist. Offenbar fürchten doch die Propagandisten des kalten Krieges, daß ein Kirchentag in der Deutschen Demokratischen Republik dem Frieden und der Verständigung dienen könnte. Das paßt nicht in ihr Konzept.

Ich bin überzeugt, daß es im Interesse, im wohlverstandenen Interesse gerade der evangelischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik und der evangelischen Christen in der DDR wäre, sich auf einem Kirchentag ausschließlich auf die kirchlichen und christlichen Anliegen zu konzentrieren. Die zuständigen staatlichen Organe würden sich mit den Vertretern der evangelischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik über die Einzelheiten der Durchführung des Kirchentages sicher verständigen. Ich will hier den betreffenden Staatsorganen nicht vorgreifen, sondern nur meine grundsätzliche Meinung zum Ausdruck bringen. Genügt Ihnen diese Antwort?

Prof. Köhler:

Ja, danke sehr.

Superintendent Falk:

Darf ich noch auf etwas hinweisen, was mir besonders am Herzen liegt. Der Christ ist Zeuge. Was Zeuge sein heißt, das wissen wir ja alle. Das heißt auch, wir sind für die Deutsche Demokratische Republik Zeuge und haben da sehr nüchtern festzustellen, daß wir nicht in einem Wolkenkuckucksheim leben. Es ist ja so, daß die meisten von uns immer wieder ökumenische Kontakte haben und man uns fragt: Du mußt es doch wissen, wie ist das nun bei euch? Wir sind also in unserer Zeugenschaft gefordert.

Ich bin froh, segnen zu können, daß ich das stets mit einer besonderen Freude getan habe, da ja des Positiven genug ist, das wir sagen dürfen. Und ich bin auch froh, daß uns bei diesen Kontakten mit der Ökumene — mit der weltweiten Christenheit — die Möglichkeiten gegeben sind, wirklich zu bezeugen, was Frieden ist. Wir brauchen uns ja zunächst nur auf das zu besinnen, was der hebräische Ausdruck Frieden uns auferlegt. Das heißt doch, „Man spricht miteinander, man spricht wieder miteinander“. Man

läßt es also nicht zu einer Zone des Schweigens kommen, weil die schon gefährlich ist. Allerdings, ich bin auch froh darüber, daß bei solchen ökumenischen Kontakten auch das gesagt werden darf. Ich habe es im Auslande sehr deutlich gesagt: Der Krieg ist kein Mittel mehr, dessen sich die Staaten gegeneinander bedienen dürfen, und schon gar kein Mittel, zu dem der Christ noch sein Ja zu sagen hat. Die junge Generation, ganz gleich wo sie aufwächst, steht auch unter diesem christlichen Zeugnis. Es ist überzeugten Christen ein großes Anliegen, in ihrem Zeugnis wahr zu sein und das Gute, Positive, das wir mit erleben dürfen, kund zu tun. Es wird ja an uns oft die merkwürdige Frage gestellt: Ja, seid ihr denn im Grunde genommen nicht Liquidatoren der Kirche? Darüber muß ich allerdings jedesmal lachen. Ich fühle mich jedenfalls nicht so, und kann immer wieder sagen, die Kirchen leben. Ich meine auch, daß die Entwicklung, die wir genommen haben, uns freier gemacht hat, auch in unserem kirchlichen Leben, das wirklich zu sein, was wir sein sollen.

Prof. Köhler:

Herr Vorsitzender, darf ich noch kurz auf ein Gebiet hinlenken. Sie hörten schon, daß ich nicht Theologe bin, sondern Musiker, und von Haus aus bin ich Kirchenmusiker und vertrete das Orgelspiel an der Staatlichen Hochschule für Musik „Franz Liszt“ in Weimar. Es war mir ein ganz besonderes Erlebnis, als ich vor fünf Jahren und auch im vorigen Jahre wieder in die Sowjetunion eingeladen war und dort Orgelkonzerte geben konnte. Ich möchte daher auch erreichen, daß wir in unserer Republik mehr als bisher die Orgelmusik unseren Menschen näherbringen und in den Konzertsälen dieses großartige Instrument — die Orgel — hier und da neu bauen.

Pastor K. Fischer:

Ich freue mich, Ihnen sagen zu können, daß wir gerade in letzter Zeit eine ganze Reihe von Zustimmungserklärungen von katholischen Staatsbürgern erhalten haben, aus denen hervorgeht, daß sich gewissermaßen in aller Stille eine Umschichtung des Denkens zu vollziehen beginnt und sich vielleicht schon vollzogen hat. Ich habe bis vor ein oder zwei Jahren andere Zuschriften bekommen, und die waren keineswegs immer sehr liebenswürdig. Aber in der letzten Zeit häufen sich die Briefe und auch die mündlichen Bekundungen, daß man anfängt einzusehen, was wir eigentlich wollen, und daß sich die kirchlichen und katholischen Kreise

den fortschrittlichen Kräften in der Welt auf die Dauer nicht verschließen können.

Ich möchte Ihnen, sehr verehrter Herr Vorsitzender, besonders danken für das, was Sie in Ihren Ausführungen zum Ausdruck gebracht haben, daß nämlich der Standpunkt des Christen, die natürliche Position des Katholiken auf der Seite der fortschrittlichen und friedliebenden Menschen in der Welt nicht nur sein kann, sondern sein muß. Denn wenn sie nicht auf unsere Seite treten, dann müssen sie auf die Seite der faschistischen Usurpatoren, auf die Seite der Hitler, Franco und Salazar treten.

Ich habe hier bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik in der letzten Zeit feststellen können, daß sich Katholiken diesen Anschauungen immer öfter anschließen, und glaube, daß wir auf diesem Wege fortfahren können und sollten. Die CDU hat eine Reihe wertvoller Kontakte geschaffen. Wir brauchen sie nur zu benutzen und dafür zu sorgen, daß die Ströme der Verständigung hin- und hergehen, dann werden wir zu positiven Ergebnissen kommen. Lassen Sie mich Ihnen als katholischer Geistlicher herzlich danken für die Worte, die Sie zu uns gesprochen haben. Sie sind mir wirklich aus dem Herzen gesprochen, und ich wüßte nichts Besseres zu tun, als in Zukunft der katholischen und auch der evangelischen Bevölkerung immer wieder zu sagen: Es gibt nur ein Entwederoder. Entweder stehen wir auf der Seite der alten oder der neuen Zeit; entweder auf der Seite des Krieges oder auf der Seite des Friedens. Ein Drittes gibt es nicht.

Walter Ulbricht:

Meine Herren! Die Aussprache war offenherzig, sehr nützlich. Sie haben sehr interessante Gedanken dargelegt. Ich möchte sagen, ich bin mit der Aussprache sehr zufrieden.

Prof. D. Fuchs:

Wir dürfen sagen, daß wir auch sehr zufrieden sind und sehr glücklich, weil Sie uns diese Stunden von Ihrer kostbaren Zeit gewährt haben und wir weggehen dürfen mit dem Gefühl, daß die Grundlage der Zusammenarbeit zwischen christlichen Bürgern und nichtchristlichen Bürgern in unserem Staat gefestigt worden ist. Ich glaube, das ist heute das eigentlich Wichtige.

Walter Ulbricht:

Ich danke Ihnen herzlich, vor allen Dingen für Ihre große Arbeit, die Sie für die Sache des Friedens und der Verständigung leisten, und wünsche Ihnen persönlich alles Gute.

- *25 Prof. Dr. Rudolf Ričan: Josef L. Hromádka — Leben und Werk
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- *29 Fritz Rick: Auf neue Art arbeiten, lernen und leben
- *30 Dr. Hans Wiedemann †: Aus meinen Reden
- *31 Gerhard Lange: Erziehung und Bildung der Jugend in den beiden deutschen Staaten
- *32 Dr. Gerhard Descyk: Der Friedensauftrag der Katholiken
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- *34 Johannes Zukertort: Der deutsche Militarismus und die Legende vom Präventivkrieg Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion
- *35/36 Luitpold Steidle: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“
- *37 Gerhard Krüger: Die Darstellung der wichtigsten Probleme des zweiten Weltkrieges in der reaktionären Geschichtsschreibung Westdeutschlands
- *38 Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Heinz Büttner, Erwin Krubke: Friedensvertrag mit Deutschland
- *39 Gertrud Illing: Abrüstung — der Weg zum Weltfrieden — Wunsch und Wille der Menschheit
- *40 Wolfgang Heyl, Victor Thiel, Erwin Krubke, Rolf Börner: Es gibt keinen dritten Weg
- *41 Otto Nuschke — Sein Vermächtnis an die christlichen Demokraten
- *42 Rolf Börner: Der Christ und die sozialistische Moral
- *43 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Ostsee — Meer des Friedens
- *44 Prof. Dr. theol. Gerhard Kehnscherper: Max Plancks Forderung an Theologie und Kirche
- 45 Werner Meinecke: Die Verflechtung mit der Macht als aktuelle Bedrohung der Kirche
- *46 Dr. Heinrich Toepflitz: Recht und Justiz in beiden deutschen Staaten
- *47 Gerald Götting: Einig im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus
- 48 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Atomare Aufrüstung und Lebenslage
- *49 Prof. Dr. Jan Milíč Lochman: Theologie und kalter Krieg
- 50 Carl Ordnung: Die Kirche vor der sozialen Frage
- *51 Dipl. oec. Erwin Krubke: Soziale Sicherheit ist nur im Sozialismus möglich

- *52 Aus der Arbeit des Gesamtstaatlichen Friedensausschusses der katholischen Geistlichkeit in der CSSR: Vom Glauben zum Bekenntnis
- 53 Alwin Schaper: Der Gottesfrieden — Rückblick und Ausschau
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- *55 Carl Ordnung: Der Atheismus als Frage an die Christenheit
- 56 Gerald Götting: Afrika den Afrikanern! — Zur Freiheitsbewegung der afrikanischen Völker
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Weiz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 60 Gertrud Illing: Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus im Bonner Staat und die Rolle der Adenauer-CDU
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates

Die mit * gekennzeichneten Titel sind bei der Partelleitung vergriffen.

Verkaufspreis 0,50 DM

Doppelheft 1,— DM